



**Vorab per Email**

Herrn Staatsminister  
Hubert Aiwanger, MdL  
Bayerisches Staatsministerium für  
Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie  
Prinz-Regenten-Straße 28  
80538 München

Aschaffenburg, 5. Juli 2024

**Offener Brief;  
Ihr Besuch in Rechtenbach am 29. Juni 2024 auf Einladung des Vereins „Wir im Spessart“ zum Thema mögliche Biosphärenregion Spessart**

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

die Region Spessart in Form der drei Landkreise Aschaffenburg, Main-Spessart und Miltenberg sowie der Stadt Aschaffenburg haben sich aufgrund jeweils einstimmiger Gremienbeschlüsse im Jahr 2022 auf den Weg gemacht, die Potentiale des Projekts mögliche „Biosphärenregion Spessart“ für unsere Region auszuloten und hierzu einen demokratisch legitimierten und demokratisch geführten ergebnisoffenen Entscheidungsprozess gestartet, in dem wir uns derzeit befinden.

Was Sie, sehr geehrter Herr Staatsminister, bei Ihrem Besuch in Rechtenbach als „Schnapsidee“ (Main-Echo, 1.7.2024) bezeichneten, ist in der Rhön und im Berchtesgadener Land ein Erfolgsmodell der nachhaltigen Regionalentwicklung.

Da laut Bericht im Main-Echo Sie selbst nicht mit den Orts- und Kreisverbänden Ihrer Partei Rücksprache halten, nehmen wir als für den Prozess verantwortliche Kommunalpolitiker über diesen Offenen Brief den Dialog mit Ihnen auf und freuen uns auf die Beantwortung der folgenden, uns interessierenden Fragen:

1. Wie sind Ihre Aussagen „Schnapsidee“ und „man darf das tote Pferd nicht weiterreiten“ vereinbar mit der sonst üblichen Rolle der Bayerischen Staatsregierung als verlässlicher Partner der Kommunen und dem gebotenen Respekt vor der demokratischen Willensbildung in unserer Region?
2. Bezieht sich Ihre Aussage der „Dummheit“, „Naivität“ und „Schnapsidee“ auch auf die Gemeinden des Spessarts mit ihren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, mit ihren gewählten Vertreterinnen und Vertretern im Gemeinderat und in den Stadträten, welche sich bereits für eine mögliche Biosphärenregion mit und ohne eigene Bereitstellung von Kernzonenflächen entschieden haben oder diese Idee weiter positiv begleiten wollen?

3. Sehen Sie angesichts Ihrer Wortwahl „Ideologen“ und „Schnapsidee“ von „Städtern“ und den mit überwältigender Mehrheit gefassten Beschlüssen der Kreistage eine Unterwanderung der Kreistage durch „Ideologen“ und „Städter“?
4. Trauen Sie den Menschen in unserer Region, und damit auch den gewählten ehrenamtlich tätigen Vertreterinnen und Vertretern in den Kreistagen, in den Stadt- und Gemeinderäten nicht mehr zu, selbst zu entscheiden, wie wir unsere Region weiter entwickeln möchten, indem Sie uns vorschreiben, dass wir „das tote Pferd nicht mehr reiten dürfen“? Wie kommen Sie zum Schluss, dass das Projekt schon gescheitert sei (in Ihren Worten: „totes Pferd nicht mehr reiten“), obwohl wir uns noch mitten in einem demokratischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess befinden.
5. Meinen Sie mit dem Begriff „Ideologen“ – neben uns – diese Kommunalpolitikerinnen und -politiker, welche Verantwortung für die zukünftige Entwicklung ihrer Gemeinden und damit auch für unsere Heimat wahrnehmen?
6. Welche regionalen Medien meinen Sie mit der uns bislang nur von Verfassungsfeinden und Rechtsextremisten bekannten Diffamierung „Mainstreammedien“?
7. Welche konkreten Erkenntnisse haben Sie für die Aussage, dass mit der Ausweisung einer dreiprozentigen Kernzone der Spessartbevölkerung das Holzrecht genommen werde, und wir uns zum „Mörder“ unserer Eichenbestände machen würden? Welche konkreten Erkenntnisse haben Sie bezüglich der Auswirkung der dreiprozentigen Kernzone hinsichtlich der Waldbewirtschaftung in den übrigen 97 Prozent einer potentiellen Biosphärenregion und den Auswirkungen auf die heimische Eiche?
8. Welche konkrete Berechnung liegt Ihnen vor in Bezug auf die in Ihrer Pressemitteilung vom 1.7.2024, Nr. 267/24 genannten „Werte von mehreren hundert Millionen Euro zu Lasten der Grundbesitzer, also der Bayerischen Staatsforsten oder auch von Kommunen, wenn es um den Gemeindewald geht“, wenn – wie es in der Veröffentlichung weiter heißt – „für die Kernzone (...) mehrere Tausend Hektar Wald aus der Nutzung genommen werden müssten“? Zuvor wird erwähnt, dass ein Exemplar Eiche „viele tausend Euro wert“ sei. Von welchem Alter und welcher Größe und welcher Qualität des Exemplars wird hierbei ausgegangen und lässt die unbestimmte wie pauschale Aussage „viele tausend Euro“ konkretisieren? Auch wird erwähnt, dass sich „auf einem Hektar Eichenwald“ ein „Wert von mehreren hunderttausend Euro“ stünde. Welche Anzahl an Eichen befindet auf einem Hektar? Ist die Zahl von Hektar zu Hektar verschieden? Von welchem Alter, von welcher Größe und Qualität wird bei dieser Berechnung in Bezug auf die Spessarteiche, die auch aus unserer Sicht ein „bayerisches Kulturgut“ ist, ausgegangen?
9. Auf welche konkreten Erkenntnisse stützen Sie die in der zitierten Pressemitteilung erwähnte Aussage, wonach „Schädlinge wie der Eichenprachtkäfer“ „in einer Kernzone nicht mehr bekämpft werden“ könnten „und damit großflächig wertvolle Eichenbestände zerstören“? Im Biosphärenreservat Rhön findet beispielsweise die Bekämpfung des Borkenkäfers auch in den Kernzonen statt und ist dort auch per Verordnung gestattet. Er darf also als Schädling in den dortigen Kernzonen bekämpft werden, insbesondere um dadurch auch Schäden an den angrenzenden Beständen, so weit möglich, zu verhindern. Warum sollte dies für den Eichenprachtkäfer als auch für den Borkenkäfer als jeweiliger Schädling in einer möglichen Biosphärenregion Spessart und den dortigen Kernzonen nicht gelten und daher anders geregelt werden?
10. Ist Ihnen die Vereinbarung betreffend die Holzrechte im Spessart aus dem Jahr 1978 bekannt und die Art und Weise ihrer aktuell praktizierten Ausübung, gerade auch in Bezug auf die dort bereits stillgelegten Flächen? Was verstehen Sie unter dem in der Pressemitteilung beschriebenen „großflächigen Nutzungsverzicht“? Haben Sie hierzu konkrete Vorstellungen oder

gar Erkenntnisse bezogen auf die Größe der Fläche?

11. Welche konkreten Erkenntnisse haben Sie, dass der Ausbau der Windkraft in den Planungsregionen 1 und 2 durch den Einsatz von Brennholz im Spessart ersetzt werden kann? Konkrete Belege für Ihre Aussage „Wenn wir viel Brennholz machen, brauchen wir weniger Windräder“ wären für uns als Verantwortliche in der Kommunalpolitik vor Ort bei der gerade auch von Ihnen massiv forcierten und Ihrerseits den Planungsverbänden auferlegten Ausweisung von Windvorranggebieten und bei der Sicherstellung einer regionalen und nachhaltigen Energieversorgung für unsere Betriebe, öffentlichen Einrichtungen und Privathaushalte von großem Interesse und ebenso großer Bedeutung.
12. Bitte erklären Sie uns den Widerspruch Ihrer Haltung, bei der möglichen Ausweisung einer Kernzone der Biosphärenregion den Gemeinden im betreffenden Bereich des Staatswaldes ein Vetorecht einzuräumen, dieses Vetorecht aber gleichzeitig bei der Realisierung von Windkraftprojekten den Gemeinden zu verwehren. Sie haben dieses Vetorecht ja zwischenzeitlich den Gemeinden entzogen und damit massiv in das kommunale und verfassungsrechtlich garantierte Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden eingegriffen.
13. Zugleich kritisieren Sie die seitens des Ministerpräsidenten angeregte Überprüfung der Verfahren zu Bürgerentscheiden. Wie passt das zusammen? Auch Ihre laut Main-Post vom 1.7.2024 gegenüber Windkraftgegnern geäußerte Aussage, dass man beim Ausbau der Windkraft „niemanden vor Ort über den Tisch ziehen“ wolle und „dort, wo sie hinpassten, müsse man Windkraftprojekte gezielt voranbringen“ wirft Fragen auf: wer entscheidet, wo sie hinpassen? Wer ist „man“? Und suggeriert die Aussage, wonach niemand über den Tisch gezogen werde nicht, ein Mitspracherecht vor Ort, dass Sie mit der Abschaffung des Veto-Rechts gerade erst den Gemeinden und damit den dort lebenden Menschen genommen haben?
14. Wie erklären Sie Ihre Aussage, die Menschen im Spessart sollten „mit dem Spatz in der Hand“ zufrieden sein „statt nach den Sternen zu greifen“ mit dem Auftrag der Politik, auch in den ländlichen Räumen den Menschen eine gute Zukunft zu ermöglichen mit dem Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger? Sollen nach Ihrer Lesart damit Investitionen und Zukunftsprojekte nur noch in den Ballungsräumen erfolgen und der ländliche Raum und die dort gelegenen Gemeinden künftig auf Fördermittel für ihre Weiterentwicklung und Attraktivitätssteigerung verzichten, die auch über die Gebietskulisse „Biosphärenregion“ ausgereicht werden können wie es auch in der Rhön und im Berchtesgadener Land der Fall ist? Sehen Sie in Ihrer „Spatz-Aussage“ nicht auch eine unangemessene Herabwürdigung und Degradierung der Gemeinden im Spessart gegenüber urbanen Regionen? Gibt es gar in Bayern Gemeinden 1. und 2. Klasse? Wie rechtfertigen Sie als Staatsminister für Wirtschaft und Landesentwicklung Ihren Einsatz zur Verhinderung einer neuen Förderkulisse für die Gemeinden in unseren drei Landkreisen und für die Stadt Aschaffenburg?
15. Wie schätzen Sie im Rahmen des Prozesses zur Suche nach einem bundesweiten Endlager für hochradioaktiven Atommüll die im aktuellen Schritt festgestellte grundsätzliche geologische Eignung des Spessarts ein und welche Bedeutung messen Sie einer möglichen Biosphäre hinsichtlich des im Verfahren vorgesehenen Abwägung oberirdischer Standortfaktoren für oder gegen ein Atommüllendlager bei?

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

Ihre uns über die Main-Echo-Berichterstattung vom 1.7.2024 bekannt gewordene und bereits in Bezug auf Ihr Amt vollkommen unangemessene Ausdrucks- und Vorgehensweise auch gegenüber der kommunalen Familie im Rahmen der sich demokratisch vollziehenden Biosphärenregion-Entscheidungsfindung von unten nach oben, und damit gerade nicht von oben herab, lässt jeglichen Respekt vor den kommunalen Entscheidungsträgern und dem uns verfassungsrechtlich garantieren kommunalen Selbstverwaltungsrecht vermissen. Dieses garantiert uns, eigenständig und

eigenverantwortlich Entscheidungen darüber zu treffen - und zwar ohne Einmischung von außen - wie sich unsere Gemeinden und wir uns als Landkreise und Region weiter entwickeln wollen und damit eben auch, ob wir im Einzelnen und anschließend in Summe Biosphärenregion werden wollen oder nicht. Einzig und allein die Gemeinden entscheiden damit, ob sie Teil einer möglichen Biosphärenregion Spessart werden wollen oder nicht, ebenso darüber, ob sie dort, wo sie selbst Flächeneigentümer sind, Kernzonen einbringen wollen oder nicht.

Umfassend Respekt sowie Dank und Anerkennung für ihr wertvolles Engagement verdienen insbesondere auch die Arbeit und Meinungsbildung in all den Vereinen, Verbänden und aller weiteren Akteure, die sich bislang ausschließlich konstruktiv und offen in den Biosphärenregion-Prozess eingebracht haben, zuletzt zahlreiche Imker und Winzer aus den vier Gebietskörperschaften am vergangenen Montag oder die in hoher Zahl vertretene Jägerschaft vor wenigen Wochen im Rahmen einer eigens für sie durchgeführten Informationsveranstaltung.

Auch die Ihrerseits gewählte Wortwahl in Bezug auf die Befürworter der Biosphärenregion-Idee, die Sie laut Main-Echo-Presseberichterstattung vom 1.7.2024 pauschal als „Mörder“ an den Eichenbeständen oder ebenso pauschal als „dumm oder naiv“ bezeichnet haben sollen wie Ihrerseits auch die Rede von „wahren Patrioten“ gewesen sein soll – eine Eigenschaft, die Sie offenbar ausschließlich den Mitgliedern von „Wir im Spessart“ zuerkannt haben, wäre für den Fall, dass Sie das tatsächlich so geäußert haben, sowohl in der Sache unsäglich und vollkommen daneben, unverschämt in der Wortwahl als auch nicht nur eines Staatsministers und im Besonderen auch eines Stellvertretenden Ministerpräsidenten unwürdig, sondern einem Politiker in unserem Land insgesamt.

Insbesondere die Bezeichnung der Befürworter als „dumm“ wäre eine bisher einmalige, noch nie dagewesene Entgleisung und Respektlosigkeit eines Mitglieds der Bayerischen Staatsregierung sowohl in verbaler als auch in persönlicher Hinsicht.

Ihre indiskutable Art und Weise, wie Sie sich nicht nur gegenüber gewählten Kommunalpolitikerinnen und -politikern ausdrücken, wofür Ihnen offenbar auch Kolleginnen und Kollegen aus der Kommunalpolitik Beifall gezollt haben sollen, mag Bierzelt-tauglich sein, um Emotionen zu befeuern, sie entspricht jedoch ebenso wenig wie die von Ihnen unsachlich befeuerte Diskussion um die Idee einer Biosphärenregion nicht der Art und Weise wie wir hier vor Ort in der Kommunalpolitik, in unseren Gemeinden und als Gesellschaft – auch bei kontrovers diskutierten Themen – miteinander umgehen, nämlich: stets mit Respekt, Achtung und Wertschätzung füreinander.

Bereits in der zur Biosphärenregion-Idee ausgestrahlten BR-Sendung „Jetzt red´ i“ vom 29.11.2023 haben Sie ein allein bezogen auf Ihr Amt unwürdiges wie beschämendes Bild abgegeben, nicht zuletzt, indem Sie den Menschen glauben machen wollten, dass ihnen in einer Biosphärenregion „die Äste auf den Kopf fallen“ würden, was schon für sich allein den Eindruck erweckt, dass Sie sich offenbar noch nie ernsthaft mit den Biosphärenregionen im Freistaat beschäftigt haben, und indem Sie schließlich die hiesigen Landräte und den Oberbürgermeister angegriffen haben mit den Worten: „Sie tragen Streit in die Region, hören Sie auf damit!“

Einzig und allein Sie haben in den bislang sachlich geführten Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess eine vollkommen deplatzierte Unsachlichkeit und Schärfe hineingebracht und befördern auf diese Weise nicht nur vorsätzlich die Spaltung von Menschen, sondern beabsichtigen offenbar auch, Streit und Zwietracht zu säen und das gerade in einer Zeit, in der viele Menschen aufgrund der Veränderungen um sie herum und in der Welt bereits ohnehin vielfach zutiefst verunsichert sind.

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

respektieren Sie bitte unseren demokratischen, von Beginn an vorbildlich und erfolgreich von unten nach oben geführten Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess, den wir in der Region und unseren Gemeinden auch weiterhin in aller Offenheit und ohne Störfeuer von außen führen

wollen und auch werden! Bitte lassen Sie uns unseren Weg als Region in Sachen Biosphärenregion, den sehr viele Menschen engagiert begleiten und zustimmend mitgehen, ohne weitere unsachliche Einmischung so zu Ende gehen, wie wir uns als Region entschieden haben, über den gesamten Prozess zu entscheiden, und diesen damit genau so sachlich zu Ende gehen wie wir ihn begonnen haben.

Das ungestörte Zulassen dieses Prozesses gebietet bereits der Respekt vor der kommunalen Selbstverwaltung. Und das gilt auch und erst recht für einen ebenso auf unser Grundgesetz und unsere Verfassung vereidigten Staatsminister.

Nehmen Sie sich bitte ein Beispiel, insbesondere an unserem Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder, der in seiner Regierungserklärung vom 5.12.2023 in Bezug auf eine mögliche Biosphärenregion Spessart deutlich gemacht hat, dass der Freistaat sich nicht in unseren Prozess vor Ort einmischen wird, dieser in der Region geführt und von den Menschen dort getragen werden müsse und bei anderer Gelegenheit er darauf hingewiesen hat, dass der Freistaat die Idee unterstützen werde, wenn die Region das möchte. Und darauf, so wissen wir, ist Verlass und darauf werden wir je nach Ausgang des laufenden Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozesses auch zurückkommen und bedanken uns schon heute für die angekündigte bedarfsorientierte Unterstützung.

Ihre Aufgabe als Staatsminister und der damit verbundenen staatspolitischen Verantwortung ist es auch, Menschen zusammenzuführen und zusammenzuhalten, statt sie auseinander zu dividieren. Hören Sie daher bitte auch auf mit Ihren Hetztiraden gegenüber Stadtbewohnern. Das ist unanständig und nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass wir in einer urban-ländlich geprägten Region zuhause sind, in der sich Stadt und Land ganz hervorragend ergänzen und gegenseitig bereichern.

Ihre Aufgabe als Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie wäre es, neben Ihren Bedenken zu Waldstilllegungen auch den nachweislich messbaren Mehrwert der beiden bayerischen Biosphärenregionen Rhön und Berchtesgadener Land auch für den Tourismus und die Wirtschaft zu betonen, zumindest aber darauf hinzuweisen. Natürlich steht Ihnen als Staatsminister und Privatperson eine eigene Meinung auch zu einer möglichen Biosphärenregion Spessart zu. Aber laut und ohne Rücksicht auf Verluste loszupoltern, haltlose Behauptungen aufzustellen und gegen die Idee aus der Region zu wettern, ist der Position, die Sie begleiten, nicht angemessen. Die positiven Seiten von Biosphärenregionen und die damit verbundenen Chancen und Möglichkeiten schweigen Sie tot oder negieren Sie gar, oder Sie machen wie in der Sendung „Jetzt red´i“ zur Biosphärenregion geschehen, einen jungen engagierten und hoch motivierten Hotelier mit seinen Ideen zum Tourismus lächerlich. Dies zeugt von keinem guten Stil.

Abgesehen von Ihrem unmöglichen Verhalten gegenüber dem jungen Unternehmer, zeigt sich auch daran, dass Sie sich offenbar bislang nicht oder jedenfalls nicht ernsthaft und faktenbasiert mit den bayerischen Biosphärenregionen befasst haben. Durchaus entsteht auch der Eindruck, dass Sie in keiner Weise daran interessiert sind, sich überhaupt mit der Biosphärenregion-Idee sachlich sowie konstruktiv-kritisch auseinander zu setzen. Sie beschränken sich einseitig auf die Themen Waldstilllegungen und Holzrechte sowie auf die drei Prozent Kernzone, obwohl Biosphärenregionen nachweislich weitaus mehr Themenfelder im Sinne einer modellhaften nachhaltigen Entwicklung einer Region beinhalten.

Die 97 Prozent der Gebietskulisse in einer Biosphärenregion, in der die Menschen zum Wohle einer nachhaltigen Entwicklung aktiv weiter ihre Heimat gestalten dürfen und auch sollen, lassen Sie völlig außer Acht. Ein Blick in die vorliegende Machbarkeitsstudie würde genügen, um die zahlreichen Chancen und Möglichkeiten einer Biosphärenregion zu erkennen, in der im Sinne der Nachhaltigkeit und hier z. B. anknüpfend an unsere regionale Wasserstoff-Strategie vor Ort auch eigenständige Wasserstoffprojekte ihren Platz finden könnten, ebenso wie mit Blick auf die vorbildliche Arbeit unserer Forstbetriebe in Sachen Eichenwirtschaft und vor dem Hintergrund des Klimawandels auch insoweit viele neue Vorhaben mit Modellcharakter und Vorbildfunktion für andere denkbar bzw. anzupacken und umzusetzen wären.

Der mögliche Mehrwert für den Tourismus wurde im Übrigen erst am 2.7.2024 wieder im Rahmen einer weiteren Informationsveranstaltung zur Biosphärenregion für Kommunalpolitikerinnen und -politiker aus den hierzu eingeladenen Spessartgemeinden sehr ausführlich dargestellt und auch ausdrücklich unterstrichen durch den Geschäftsführer unseres regionalen Tourismusverbands „Spessart-Mainland“. Auch eine entsprechende Stellungnahme der dehoga-Kreisstelle Main-Spessart liegt Ihnen hierzu vor.

Wären Biosphärenregionen im Übrigen tatsächlich wie Sie behaupten „tote Pferde“, stellt sich für uns die Frage, warum Sie in der Konsequenz daraus nicht fordern, die dafür vorgesehenen Fördertöpfe des Freistaats zu streichen. Denn „tote Pferde“ brauchen ein Begräbnis, aber kein weiteres Futter im Sinne anhaltender finanzieller Unterstützung aus Steuermitteln. Der pauschale Verweis, „die Rhöner seien damit glücklich“ scheint Ihnen auszureichen, um den Bestand des Biosphärenreservats Rhön zu rechtfertigen, hingegen bleiben Sie eine Antwort schuldig, warum die Menschen auch nicht in einer möglichen Biosphärenregion Spessart mit dieser Förderkulisse glücklich sein könnten.

Ihre uns bislang bekannte, und für ein Mitglied der Staatsregierung völlig undifferenzierte Betrachtungsweise, das überdies ein Ressort zu verantworten hat, das auch den Bereich „Landesentwicklung“ und damit auch die Weiterentwicklung unserer Gemeinden und Regionen mit erfasst, ist nicht nur ihrer Aufgabe unangemessen, sondern lässt erneut darauf schließen, Biosphärenregionen und deren Bedeutung für eine nachhaltige Regionalentwicklung und nachweisbare Förderung von Tourismus und Wirtschaft nicht verstanden zu haben oder – so unsere Befürchtung – sich damit ebenfalls nicht befasst zu haben und sich dafür auch nicht ansatzweise ernsthaft zum Wohle der Region und ihrer Bevölkerung insgesamt zu interessieren.

Abschließend wollen wir eine weitere deplatzierte wie unsachliche Aussage Ihrerseits aufgreifen: so bezeichnen Sie es laut Main-Post vom 1.7.2024 als „unverantwortlich, alle paar Jahre eine neue Sau durchs Land zu treiben“. Unverantwortlich wäre es, würde sich die Kommunalpolitik keine Gedanken machen, über Möglichkeiten, die eigene Region gemeinsam mit den Menschen voranzubringen, unsere Gemeinden nachhaltig weiterzuentwickeln und dabei auch nach neuen Förderkulissen zu suchen bzw. diese für die Region und ihre Gemeinden zugänglich zu machen, wenn sie das möchten. Und eine Region besteht dabei eben nicht nur aus lautstarken Gegnern eines Projekts und wir respektieren selbstverständlich auch deren Haltung in Bezug auf eine mögliche Biosphärenregion, die aber auch ihrerseits respektieren müssen, dass es für diese Idee eben nicht nur Gegner, sondern auch eine Vielzahl an Befürwortern gibt.

In jedem Fall unverantwortlich hingegen ist Ihr Gebaren gegenüber den Menschen vor Ort, insbesondere gegenüber den Befürwortern der Idee einer Biosphärenregion Spessart und den bereits benannten zahlreichen Akteuren, die sich bis heute dafür engagiert und konstruktiv eingebracht haben und auch weiter einbringen wollen und werden. Darunter auch viele Kolleginnen und Kollegen aus der Kommunalpolitik, die der Idee einer Biosphärenregion wohlwollend bis zustimmend gegenüberstehen und die diese Idee in jedem Fall faktenbasiert begleiten und entsprechend ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger darüber informieren. Ihr Verhalten hingegen, sehr geehrter Herr Staatsminister, ist immer wieder neu geeignet dafür, das Vertrauen in die Arbeit unserer Kommunalpolitikerinnen und -politiker hier vor Ort zu erschüttern, mit der Folge, dass Sie auf diese Art und Weise nicht unwesentlich zur Förderung von Politiker- und Politikverdrossenheit beitragen.

Auch deswegen fordern wir Sie, sehr geehrter Herr Staatsminister, hiermit auf, sich in Ihrer Wortwahl gegenüber den Biosphären-Befürwortern zu mäßigen und zu einer ausgleichenden, Ihrem Amt angemessenen Sachlichkeit zurück zu kehren – das gebietet bereits der Respekt vor den Menschen in der Region und Ihrem eigenen Staatsamt! Zugleich ergeht an Sie ebenso ausdrücklich unsere Aufforderung, sich öffentlich für Ihre Bezeichnung der Befürworter einer möglichen Biosphärenregion Spessart als „dumm“ oder „naiv“ zu entschuldigen, sofern Sie sich tatsächlich in derartiger Weise gegenüber den Befürwortern geäußert haben, und damit dann auch bei uns Vieren, die wir Sie mit diesen Zeilen auch an Ihre staatspolitische Verantwortung auch gegenüber den Menschen bei uns in

der Region erinnern!

Beschimpfungen von Menschen als „dumm“ oder „naiv“ wären für den Fall, dass sie so gefallen sein sollten, in jedem Fall ehrenrührig, unverschämt und wie bereits ausgeführt erst recht einem Stellvertretenden Ministerpräsidenten unwürdig, der Sie in dieser besonderen Funktion auch eine besondere Verantwortung für die Menschen haben – und zwar für alle Menschen im Freistaat und damit eben auch nicht nur in Bezug auf die Gegner, sondern auch im Hinblick auf die Befürworter der aktuell diskutierten Biosphärenregion-Idee.

In der Erwartung insbesondere auch Ihrer Beantwortung unserer Fragen verbleiben wir mit freundlichen Grüßen aus der möglichen Biosphärenregion Spessart



Sabine Sitter  
Landrätin  
Landkreis Main-Spessart



Dr. Alexander Legler  
Landrat  
Landkreis Aschaffenburg



Jens Marco Scherf  
Landrat  
Landkreis Miltenberg



Jürgen Herzing  
Oberbürgermeister  
Stadt Aschaffenburg